

Gemeinsames Positionspapier der Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven, der Handwerkskammer Bremen und der Unternehmensverbände im Lande Bremen e.V.

Duale Ausbildung im Land Bremen stärken – mit sinnvollen Maßnahmen, statt eines umlagefinanzierten Ausbildungsfonds

Für die Handelskammer Bremen, die Handwerkskammer Bremen und die Unternehmensverbände im Lande Bremen bedeutet die diskutierte Einführung eines umlagefinanzierten Ausbildungsfonds für das Land Bremen nicht nur eine unnötige finanzielle Belastung der Unternehmen in Bremen und Bremerhaven. Vielmehr ist ein Ausbildungsfonds auch sinnlos, weil es die Förderinstrumente, mit denen er begründet wird, im Land Bremen weitestgehend bereits gibt.

Die Bremer und Bremerhavener Unternehmen bilden bereits überdurchschnittlich aus. Die Ausbildungsquote – definiert als Anteil der Auszubildenden an allen Beschäftigten – ist im Land Bremen seit Jahren höher als im Bundesdurchschnitt und mit 4,9 Prozent auch deutlich höher als in den anderen Stadtstaaten Berlin (3,2 Prozent) und Hamburg (4 Prozent). Gleiches gilt für die Ausbildungsbetriebsquote, also den Anteil der ausbildenden Betriebe an allen Betrieben: Auch diese liegt im Land Bremen mit 21,9 Prozent über dem Bundesschnitt und deutlich über Berlin (11,6 Prozent) und Hamburg (16 Prozent). Zu diesen überdurchschnittlichen Ergebnissen hat auch die gute Zusammenarbeit vieler Bremer Akteure beigetragen.

Während die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber zurückgeht, steigt die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen in den Unternehmen an. So ist die Zahl der „unversorgten“ Bewerberinnen und Bewerber laut Agentur für Arbeit im Land Bremen 2021 um mehr als 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Zugleich ist die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze um über 10 Prozent gestiegen. Wenn es Betrieben zunehmend schwerer fällt, angebotene Stellen zu besetzen, bedeutet das perspektivisch Mehrbelastungen der Belegschaft und steigende Arbeitskosten. Auch Zukunftsprojekte wie Digitalisierung oder Klimaschutz können angesichts fehlender Arbeitskräfte schwerer umgesetzt werden. Deshalb kommt es aus Sicht der Handelskammer Bremen, der Handwerkskammer Bremen und der Unternehmensverbände im Lande Bremen darauf an, alle Kraft auf die Besetzung der vorhandenen Ausbildungsstellen zu richten.

Um junge Bremerinnen und Bremer zu beraten und zu begleiten sowie in die Unternehmen zu vermitteln wurde im Frühjahr 2015 die Jugendberufsagentur Bremen-Bremerhaven als Verbund von Arbeitsagentur, Jobcentern und senatorischen Behörden gegründet. Bereits heute gibt es im Land Bremen eine große, selbst für Fachleute kaum zu überschauende Anzahl an Maßnahmen und Instrumenten zur Förderung der dualen Ausbildung. Diese sind von unterschiedlichen Mittelgebern finanziell hinterlegt. Es gibt das gewünschte Instrumentarium bereits. Die bestehenden Instrumente müssen fortgesetzt, kontinuierlich überprüft und – wo nötig – verbessert werden. Hierzu ist kein zusätzlicher Ausbildungsfonds erforderlich, der zu Doppelstrukturen oder zu parallelen Projekten und Maßnahmen führen würde.

Um möglichst allen Bremer Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, ein Angebot machen zu können, muss das Land Bremen sich an **folgenden vier Handlungsfeldern** orientieren:

1. Ausbildung beginnt vor dem Beruf: Schulbildung und Spracherwerb sind zu verbessern!

Pro Jahr verlassen mehr als 600 Schülerinnen und Schüler die allgemeinbildenden Schulen im Land Bremen ohne Abschluss. Fehlende Basiskompetenzen zeigen sich in der mangelnden Qualität vieler Bewerbungen. Bei der Ausbildungsfähigkeit junger Menschen sind dringend Verbesserungen nötig. Sie hätten unmittelbar positive Auswirkungen für den Einstieg und das erfolgreiche Durchlaufen einer Ausbildung. Die Sorge für die Vermittlung der Basiskompetenzen ist eine staatliche Kernaufgabe, die nicht von Bremer und Bremerhavener Unternehmen durch eine Umlage zusätzlich zu den bestehenden Abgaben übernommen werden kann. Vielmehr sind folgende Maßnahmen von Bedeutung:

- Um die viel zu starke Abhängigkeit des Bildungserfolgs vom sozialen Hintergrund zu entkoppeln, müssen der Bremer Senat, die Senatorin für Kinder und Bildung und die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport zeitgemäße **bildungs- und sozialpolitische Maßnahmen für einzelne Stadtteile** entwickeln und umsetzen. Diese Maßnahmen müssen deutlich vor der Ausbildung ansetzen. Es gilt die Grundbildung zu stärken. Auch sind eine stärkere sozialpädagogische (Stadtteil-)Begleitung und mehr Integrationsangebote sowie eine stärkere Einbeziehung der Eltern in die Bildungs- und Arbeitswelt notwendig.
- Zur Ausbildungsfähigkeit gehört auch Sprachfähigkeit. Daher ist ein flächendeckender Ausbau frühzeitiger und systematischer **Sprachförderung** z.B. über die Volkshochschulen notwendig, damit alle Schülerinnen und Schüler besser in Ausbildung übergehen und diese auch verstehen und bestehen können.
- Das **Schulfach Wirtschaft-Arbeit-Technik (WAT)** muss dringend wieder gestärkt werden, damit Schülerinnen und Schüler frühzeitig ein Verständnis von Wirtschaft, Arbeit und Beruf entwickeln und auch praktische bzw. haptische Fähigkeiten gestärkt und gefördert werden (z.B. Werken).
- Zum 1. Februar 2022 wurde das **Institut für Qualitätsentwicklung im Land Bremen (IQHB)** gegründet mit dem Ziel, Schulen bei der Weiterentwicklung der Bildungsqualität zu unterstützen. Der Bremer Senat muss sicherstellen, dass das IQHB schnell zu spürbaren Verbesserungen in den allgemeinbildenden Schulen im Land Bremen führt, damit mehr junge Menschen die notwendigen Basiskompetenzen entwickeln.

Handelskammer, Handwerkskammer und Unternehmensverbände unterstützen:

- Die Schütting-Stiftung der Handelskammer fördert Bildungsprojekte, auch etliche Unternehmen tun das über Bildungsinitiativen oder eigene Stiftungen.
- Die Unternehmensverbände engagieren sich beim Wettbewerb „Jugend forscht“ und im Netzwerk „Schule-Wirtschaft“.
- Viele Unternehmen sind als Netzwerkpartner im MINTforum Bremen engagiert.

2. In der Schule: Die Berufsorientierung ist mit Blick auf die duale Ausbildung zu priorisieren!

Die berufliche Orientierung junger Menschen ist ein entscheidender Faktor, damit der Übergang von der Schule in das Berufsleben gelingt. Die Jugendberufsagentur hat hierzu große Kapazitäten. Angesichts des weiterhin anhaltenden Trends zur Akademisierung gehen die Bewerbungen auf die dualen

Ausbildungsstellen dennoch zurück. Folgende Maßnahmen sollten dazu u.a. umgesetzt werden:

- Schulische **Konzepte zur beruflichen Orientierung** müssen ausgebaut und fest an allen Schulen verankert werden. Dabei sind duale und akademische Ausbildungen als gleichwertig zu betrachten. Praxisstationen in Unternehmen sollten verpflichtend aufgenommen werden. Regelmäßige Schulungen der Lehrkräfte sind wichtig, um das Selbstverständnis und den Blick auf die Berufswelt zu verändern. Schule muss mehr dazu beitragen, die Berufsorientierung und das Image der dualen Ausbildung zu fördern.
- Schon in der Schule ist es wichtig, die Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler zu erkennen und berufliche Einstiegsmöglichkeiten zu finden. Daher sind die **Ergebnisse der Potentialanalysen**, die alle Schülerinnen und Schüler in der 8. Klasse durchlaufen, den bei der Berufsorientierung beratenden Stellen zur Verfügung zu stellen und in die Beratung von Schülerinnen und Schülern bzw. Eltern einzubeziehen.
- Bei der Jugendberufsagentur sind grundsätzlich alle Instrumente vorhanden, um junge Menschen zu erreichen und zu orientieren, von der Studien- und Berufsberatung über das Berufsinformationszentrum (BIZ) und die Zentrale Beratung Berufsbildung (ZBB) bis hin zu Berufsorientierungskräften (BO-Kräfte) an Schulen. Zwar sind die rund 50 Berufsberaterinnen und -berater der Jugendberufsagentur schon vielfach in den Schulen vor Ort. Um alle Jugendlichen zu erreichen, ist es jedoch wichtig, dass die **Jugendberufsagentur noch stärker in Schulen** präsent ist.
- Nicht alle Abiturientinnen und Abiturienten sind für die Aufnahme eines Studiums geeignet. Dennoch wird hier vielfach ein Schwerpunkt in der Beratung gesetzt. Insbesondere an den Gymnasien muss deshalb bei der Studien- und Berufsberatung die betriebliche Ausbildung eine höhere Aufmerksamkeit bekommen. Die sog. **Werkstattphasen**, an denen sämtliche Schülerinnen und Schüler der 8. Klassen der Oberschulen und einiger Gymnasien in den Bildungszentren der Handwerksorganisation in Bremen teilnehmen, ist für alle Schulen verpflichtend einzurichten.
- Eine **Berufsorientierung mit praktischem Bezug** ist weiterhin der beste Weg, Jugendliche zu informieren und sie für eine betriebliche Ausbildung zu begeistern. Entfallene Praktikumsmöglichkeiten während der Corona-Pandemie zeigten, wie wichtig der Blick in die Praxis ist. Es ist deshalb sinnvoll, erfolgreiche Projekte wie den „Tag der beruflichen Bildung“, die „Berufsparcours“ an Schulen oder Ausbildungsmessen an attraktiven Standorten auszubauen und zu verstetigen. Zudem sollten in der 9. und 10. Klasse Praktika verpflichtend sein. Auch für Lehrkräfte könnten Betriebspraktika angeboten werden.
- Berufliche Orientierung ist nach wie vor stark an das persönliche Umfeld, das Elternhaus und an die peer groups der Jugendlichen geknüpft, die teilweise wenig Überblick über die Chancen der dualen Ausbildung und die Vielzahl der Berufe haben. Daher muss auch die **Elternarbeit ausgebaut** und bspw. in Elternabenden über die duale Ausbildung informiert werden.

Handelskammer, Handwerkskammer und Unternehmensverbände unterstützen:

- Die Kammern und Verbände sind in vielfältiger Weise gemeinsam mit Unternehmen und Schulen aktiv, um über die Chancen der betrieblichen Ausbildung zu informieren:
 - Tag der Beruflichen Bildung
 - Praxisprojekte in Schulen (Berufsparcours, Praktisch)
 - Wirtschaftsjuvenen: Fachvorträge „Schule und dann?“, Bewerbertrainings an Schulen, „1 Tag Azubi“
 - Ausbildungsmessen (job4u, WESER-Jobs etc.), Azubi-Speeddating
- Unternehmensverbände und Wirtschaftsjuvenen unterstützen Schülerfirmen.
- Die Handwerksorganisation in Bremen bietet in ihren Bildungszentren vielfältige Möglichkeiten, handwerkliche Berufe kennenzulernen.
- Sofern die Corona-Pandemie das zulässt, bieten Kammern und Verbände an, eine Praktikumsoffensive zu starten, die mehr Jugendliche in die Betriebe bringt, auch die Aktion „Unternehmer in Schulen“ soll fortgeführt werden.

3. Das Matching ist insbesondere mit Blick auf „besondere Jugendliche“ zu verbessern!

Wie eingangs dargestellt, ist die Zahl der Ausbildungsstellen im Land Bremen hoch. Um die stark gestiegene Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen zu reduzieren, kommt es auf ein effektives Matching zwischen den Jugendlichen und den Unternehmen an. Dabei muss die unmittelbare Vermittlung in Betriebe Priorität haben. Das System der außerbetrieblichen Ausbildungsverbände kann nur eine ergänzende Lösung sein. Entscheidend ist, dass mehr junge Menschen erreicht werden, die bislang nicht für die duale Ausbildung gewonnen werden konnten:

- Gerade Jugendliche mit herausfordernden Lebenssituationen sind nur unzureichend über die klassischen Wege der Beratung und Vermittlung erreichbar. Daher ist es gut, dass die Jugendberufsagentur über eine „**Aufsuchende Beratung**“ verfügt und erstmalig mit **Lastenfahrern** vor Ort in die Stadtteile geht. Der Ansatz, dass die Jugendberufsagentur zu den Jugendlichen geht – und nicht andersrum – muss weiter ausgebaut werden.
- Die **Einstiegsqualifizierung (EQ)** ist ein etabliertes und gutes Instrument, mit dem die Jugendberufsagentur den betrieblichen Einstieg für junge Menschen mit schwierigen Lebenssituationen unterstützt. Die Möglichkeit, junge Menschen über geförderte Langzeitpraktika an Ausbildung heranzuführen, muss bekannter gemacht und intensiver genutzt werden.
- Für junge Menschen unter 25 Jahren verfügt die Jugendberufsagentur in den Jobcentern über „**U25-Teams**“. Diese müssen in Zukunft stärker dazu beitragen, mehr Jugendliche aus schwierigen sozialen Umfeldern zu erreichen und für eine Ausbildung zu gewinnen.
- Anfang 2022 ist innerhalb der Jugendberufsagentur ein neues **Team „AusbildungPlus“** eingerichtet worden, um sowohl Ausbildungsbetriebe als auch Jugendliche zu erreichen. Das ist der richtige Weg. Während das Team bereits dazu beigetragen hat, die Anzahl der Ausbildungsstellen zu erhöhen, muss nun noch mehr Kraft in die Vermittlung von Jugendlichen auf diese Plätze gelegt werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen die Jugendlichen verstärkt an die Betriebe vermitteln.

Handelskammer, Handwerkskammer und Unternehmensverbände unterstützen:

- Bei der Handels- und der Handwerkskammer akquirieren die Ausbildungsberaterinnen und -berater jedes Jahr mehrere hundert neue Ausbildungsbetriebe. Sie prüfen deren Eignung als Ausbildungsstätte und beraten die dortigen Ausbilderinnen und Ausbilder.
- Das „Ausbildungsbüro“ des Bildungszentrums der Wirtschaft im Unterwesergebiet (BWU) in der Handelskammer und die „passgenaue Besetzung“ in der Handwerkskammer unterstützen bei der Vermittlung in Ausbildung.
- Zur Integration Geflüchteter in Ausbildung unterstützen die Willkommenslotsen in den Kammern.
- Die Handels- und Handwerkskammer sowie die Unternehmensverbände bieten Unterstützung zur Werbung für Einstiegsqualifizierungen bei den Unternehmen an.

4. Unterstützung während der Ausbildung: Vorhandene Instrumente sind besser zu nutzen!

In der dualen Ausbildung sollen Jugendliche berufliche Handlungskompetenzen in einer Verzahnung von Theorie und Praxis erwerben. Im internationalen Vergleich führt das zu einer sehr geringen Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland. In der Summe kostet die Unternehmen ein Ausbildungsplatz durchschnittlich 15.000 bis 20.000 Euro pro Jahr. Auch im Sinne einer gerechten Lastenverteilung kann es daher nicht Aufgabe der Betriebe sein, gesetzlich verpflichtend für weitere fachliche, soziale oder psychologische Betreuung aufzukommen. Sinnvoller ist es, wenn folgende Maßnahmen verstärkt umgesetzt werden:

- Bei der Jugendberufsagentur gibt es ein etabliertes System der **ausbildungsbegleitenden Hilfen bzw. assistierten Ausbildung („AsA flex“)**. Um möglichst viele junge Menschen mit unterschiedlichsten Problemlagen während der Ausbildung zu unterstützen, muss „AsA flex“ intensiv genutzt und gegebenenfalls ausgeweitet werden.
- Die Vermittlung in betriebliche Ausbildung muss Vorrang haben. Für spezielle Personengruppen gibt es bei der Jugendberufsagentur ergänzend das Regelinstrument der **außerbetrieblichen Berufsausbildung (BaE)**. Sofern eine Vermittlung in betriebliche Ausbildung nicht möglich ist, sollte BaE vorrangig vor bremischen Sonderlösungen wie den kürzlich geschaffenen außerbetrieblichen Ausbildungsverbänden genutzt werden.
- Zur Koordinierung der beruflichen Weiterbildung hat der Bremer Senat eigene eine **Landesagentur für berufliche Weiterbildung (LabeW)** geschaffen. Zur Stärkung der betrieblichen Ausbildungsqualität sollte die LabeW Lösungen für den Bedarf an Qualifizierungsangeboten für Ausbilderinnen und Ausbilder und für sprachliche Qualifizierung entwickeln und Unternehmen darüber informieren.

Handelskammer, Handwerkskammer und Unternehmensverbände unterstützen:

- Was den betrieblichen Teil der Ausbildung betrifft, tragen die Kammern mit ihrer Ausbildungsberatung zur Qualität der Ausbildung bei und nehmen im Land Bremen pro Jahr mehr als 1.000 Ausbilder-Eignungsprüfungen ab.
- Handelskammer und Handwerkskammer bieten Seminare für Ausbilderinnen und Ausbilder sowie für Auszubildende zu unterschiedlichen Themen an.
- Handelskammer und Handwerkskammer unterstützen leistungsschwächere Auszubildende und der Ausbildungsbetriebe durch „Ausbildungsbegleiter“ mit dem Ziel, Ausbildungsabbrüche zu vermeiden bzw. erfolgreiche Ausbildungsabschlüsse zu erreichen.
- Viele Unternehmen unterstützen ihre Auszubildenden mit zusätzlichen Instrumenten von Sprachkursen bis zu Nachhilfe.

Fazit: Die Einführung eines umlagefinanzierten Ausbildungsfonds würde zu Doppelstrukturen und zusätzlichen finanziellen Belastungen der Unternehmen führen. Das ist unnötig, weil es in Bremen in nahezu allen Bereichen längst die entsprechenden Institutionen und Maßnahmen gibt. Diese müssen regelmäßig evaluiert und – bei Bedarf – neu justiert oder intensiviert werden. Dort liegen auch die Handlungsfelder, mit denen es gelingen kann, möglichst allen Bremer Jugendlichen eine berufliche Perspektive bieten zu können.

Bremen/Bremerhaven, den 19. September 2022